linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 4 3/10

KOSTEN DER UNTERKUNFT

Stoppt den Hartz IV Betrug in Kassel

Schon zu Zeiten der Pauschalierung erhielten viele Arbeitslosengeld II – BezieherInnen nicht die ihnen zustehende Höhe ihrer Unterkunftskosten.

Durch diese bekanntermaßen rechtswidrige Pauschalierung wurden laut Berechnungen des zuständigen Sozialkämmerers Dr. Barthel (SPD) ca. 2 Millionen Euro jedes Jahr „eingespart“. Diese 2 Millionen wurden den leistungsberechtigten Menschen rechtswidrig vorenthalten. Inzwischen ist nach hartnäckigem Engagement der Kasseler Linken die ungerechte und rechtswidrige Pauschalierung der Kosten der Unterkunft in Kassel abgeschafft. Doch die Arbeitsförderung Kassel (AFK) wird nicht müde, sich neue Einsparmöglichkeiten auf Kosten der Leistungsberechtigten auszudenken.



Der Trick des angeblichen Mietspiegels

Da es für Kassel keinen relevanten Mietspiegel gibt, nach dem die so genannte Angemessenheit der Mieten erfasst werden könnte, arbeitet die AFK kurzerhand mit den von ihr selbst erfassten Daten der Leistungsbezieher und erklärt daraus den Mittelwert dieser günstigsten Mieten zum Maßstab für eine angemessene Miete. Weil neuerdings außerdem die Kosten für Miete und Nebenkosten getrennt betrachtet werden, kommt es statt zur Auszahlung von mehr Geld bei unzähligen Betroffenen zu weiteren Kürzungen. Denn erst wenn die Betroffenen geklagt haben, fühlt sich die AFK genötigt, die tatsächlich zustehenden Kosten zu zahlen. Gestützt wird dieser vorsätzliche und systematische Rechtsbruch durch die Fraktionen von CDUFDPSPD-GRÜNEN. Selbst diejenigen Stadtverordneten aus den genannten Fraktionen, die wissen und eingestehen, dass damit die Menschen betrogen und in immer größere Armut getrieben werden, bleiben passiv. Hierzu fordert die Kasseler Linke die Berechnung auf der Grundlage des gesamten Wohnungsbestands in Kassel, um eine Übernahme der tatsächlichen Kosten zu ermöglichen.



Die Mietregelung ist rechtswidrig und benachteiligt die Ärmsten

Kai Boeddinghaus
Oberbürgermeisterkandidat der Kasseler Linke und Stadtverordneter
kai.boeddinghaus@kasseler-linke-asg.net

Die Fraktion der Kasseler Linke fordert, dass Grundmiete und Betriebskosten gegeneinander verrechnet werden. Wer mit günstiger Kaltmiete wohnt, aber wegen schlechter Isolierung höhere Heizkosten hat, darf nicht durch Abzüge bei den Heizkosten bestraft werden. Genauso muss eine etwas höhere Kaltmiete akzeptiert werden, wenn die Heizkosten dafür sinken. Das handhabt die AFK im Moment nicht so, weil Dr. Barthel so seine 2 Millionen behalten will. Es sind aber nicht „seine“ 2 Millionen. Auf dieses Geld haben die betroffenen Menschen einen Rechtsanspruch. Eine weitere wichtige Forderung ist die rückwirkende Auszahlung der bisher einbehaltenen Gelder. Der derzeitige Zustand, dass alle von Kürzungen Betroffenen individuell klagen müssen, damit ihre tatsächlichen Kosten übernommen werden, ist ein Skandal.

Widerspruch einlegen

Da die Alg II-BezieherInnen durch die Stadt Kassel als Grundsicherungsträger noch immer nicht ausreichend versorgt werden, hatte die Fraktion Kasseler Linke im September 2010 erfolgreich eine Sondersitzung einberufen lassen, um durch einen Beschluss deutliche Vorgaben an die Verwaltung zu erwirken. Und der Druck der Kasseler Linken zeigt erste Wirkungen. In einem Antrag fordern SPD und Grüne den Magistrat nun auf, „geltende Gesetze und die aktuelle Rechtsprechung einzuhalten“. Dass die SPD Einhaltung des geltenden Rechts nun von ihrem eigenen Dezernenten einfordern muss, ist ein deutliches Schuldeingeständnis. Doch Lippenbekenntnisse reichen nicht. Es müssen Taten folgen, denn dieser Betrug dauert an.

Deswegen wird allen von Kürzungen Betroffenen geraten, aktiv zu werden und Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen. Schon zwei Mal hatten damit Kläger in diesem Sommer Erfolg und das Sozialgericht Kassel hat die Übernahme der tatsächlichen Unterkunftskosten angeordnet. Dabei wurde der Arbeitsförderung Kassel vom Gericht erneut das Fehlen eines schlüssigen Konzeptes zur Berechnung der Angemessenheit der Unterkunftskosten bescheinigt.

KASSELER LINKE.ASG
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

INTERVIEW MIT KAI BOEDDINGHAUS

Strafanzeige gegen Dr. Barthel

Eine Strafanzeige gegen einen Stadtkämmerer geschieht nicht jeden Tag. Warum habt Ihr Strafanzeige gestellt?

Erst hat Barthel dreist an der rechtswidrigen Pauschalierung der Kosten für Unterkunft und Heizung festgehalten und wider besseren Wissens behauptet, er sei damit im Recht. Jetzt musste er die Pauschalierung aufgeben. Aber statt für Nachzahlungen zu sorgen, wird er noch dreister. Mit der Neuberechung senkt er die Zahlungen noch weiter ab, lässt die Leistung falsch berechnen. Wir halten das für Betrug: vorsätzlich Leistungen falsch und zugering berechnen lassen und gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, alles laufe nach Recht und Gesetz.

Warum der Gang zur Staatsanwaltschaft? Läßt sich Barthel denn nicht politisch stoppen?

Barthels rechtswidriges Handeln wird von einer Mehrheit von SPDCDUGRÜNENFDP in der Stadtverordnetenversammlung gedeckt. Diese Fraktionen weigern sich, Barthel genau auf die Finger zu schauen und ihm eindeutige Vorgaben zu machen. Der von uns beantragte Ausschuss zur Akteneinsicht hat hier Druck gemacht. Aber die anderen weigern sich immer noch, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Und diese Konsequenzen wären?

Die tatsächlichen angemessenen Kosten zu bezahlen. Die AFK weiß, wie man die Kosten richtig berechnet, sie tut das aber immer erst, wenn die Betroffenen vor Gericht gehen. Dann für die Nachzahlung der verweigerten Leistungen sorgen. Und drittens Barthel als Sozialdezernent ablösen. Der Mann ist in dieser Position untragbar.

Welche Chance auf Erfolg hat Eure Strafanzeige?

Zunächst erwarten wir, dass mit dieser Strafanzeige der tagtägliche Skandal rechtswidrig verweigerter Leistungen öffentlich ins Bewusstsein dringt und wahrgenommen wird. Damit wollen wir allen Betroffenen Mut machen, sich zu wehren. Wenn es zu einem Verfahren kommt, wird sich Dr. Barthel eben vor Gericht rechtfertigen müssen. Da deckt ihn dann keine Fraktion.

Die Fragen stellte Elke Matthies



UNTERKUNFTSKOSTEN

Kürzungen bei WohnungseigentümerInnen

Bei der Übernahme der Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld II - BezieherInnen in Mietwohnungen kommt es immer wieder zu rechtswidrigen Kürzungen.

Neuerdings melden sich bei der Kasseler Linken vermehrt auch BezieherInnen solcher Leistungen, die in selbst genutztem Wohneigentum leben und denen von der AFK die zustehenden Kosten der Unterkunft drastisch gekürzt wurden.

Hausgeld

Hintergrund ist, dass Menschen, die Eigentumswohnungen besitzen, ihre Unterkunftskosten über das so genannte Hausgeld bezahlen, wozu sie innerhalb einer EigentümerInnengemeinschaft vertraglich verpflichtet sind. Dieses Hausgeld deckt die Kosten ab, die bei Nicht-EigentümerInnen über die Miete bezahlt werden, wie z.B. Betriebskosten, Verwaltungskosten oder Instandhaltungen.

Eine Betroffene ist Elvira Kreutz. Ihr wurde von der AFK mitgeteilt, dass weder die Kosten für Verwaltung noch für Reparaturen und Rücklagen für Instandhaltungen übernommen werden. Die Differenz zwischen ihren realen Kosten und dem von der AFK übernommenen Betrag liegen bei ca. 50 Euro im Monat.

AFK nimmt Zwangsversteigerungen in Kauf

Die AFK begründet ihr Verhalten mit der nicht nachvollziehbaren Auslegung eines Gerichtsurteils, das BesitzerInnen von Einfamilienhäusern keinen Anspruch auf die Übernahme einer Erhaltungsaufwandpauschale zubilligt, da nur konkret getätigte Ausgaben übernommen werden. (BSG, Urteil vom 03.03.2009, Az. B 4 AS 38/08 R)

Das lässt sich jedoch nur bedingt auf die Situation von Eigentumsgemeinschaften übertragen. Kommen nämlich Menschen, die in solchen Gemeinschaften leben, ihrer regelmäßigen Zahlungsverpflichtung nicht nach, müssen sie mit Zwangsversteigerungen rechnen. Die AFK nimmt das billigend in Kauf. Das jedoch läuft dem gesetzlich festgeschriebenen Schutz von Wohneigentum zuwider.

STÄDTISCHE WERKE

Zukunft der Energieversorgung

In der letzten Stadtverordnetenversammlung im November hat eine große Mehrheit unter Führung von SPDGRÜNE dem Verkauf des 24,9 %-Anteils der Städtischen Werke von Vattenfall an die Thüga zugestimmt. Der Wunsch von Vattenfall, sich von den Städtischen Werken zu trennen, wäre eine Chance für Kassel und die ganze Region gewesen.

Kai Boeddinghaus hat deshalb völlig recht, als er den Verkauf des Vattenfall-Anteils „eine Entscheidung über die Ziele und den Entwicklungsschwerpunkt der Energieversorgung nicht nur in Kassel, sondern in der ganzen Region“ bezeichnete. “Die Chance durch einen städtischen Rückkauf, die regionale, regenerative Energieversorgung mit einem großen Mehrwert für die Bevölkerung zu sichern, sollte die Stadtverordnetenversammlung Kassel nutzen. Die Option eines Rückkaufes muss umfassend geprüft werden, bevor eine Entscheidung über einen Verkauf zugunsten der Thüga AG fällt.“

Weil die Frage in unseren Augen von so großer Bedeutung ist, hatte die Fraktion der Kasseler Linken hierzu ein Positionspapier erarbeitet. Darin wird, angesichts der großen Tragweite bei einem potentiellen Weiterverkauf vor einer schnellen, unüberlegten Entscheidung gewarnt. Im Grund standen zwei sich widersprechende Alternativen zur Entscheidung an: entweder Kassel legt den Schwerpunkt zukünftig auf regenerative und regionale Energieproduktion, regionale Versorgung und regionale Wertschöpfung oder aber die Städtischen Werke werden in einen bundesweiten Wettbewerb gedrängt und damit genötigt, sich mit überregionalen strategischen Partnern einzulassen. Während bei der ersten Variante die umweltfreundliche Energieerzeugung und die sichere regionale Versorgung der Bürger im Vordergrund stünde, wäre bei der zweiten Variante die Gewinnmaximierung für die Aktionäre des strategischen Partners das zentrale Anliegen.

Die Fraktion warnte auch deshalb vor übereilten Entscheidungen, weil zu befürchten war, dass sich damit der Kämmerer zusätzlich die Option für den Verkauf weiterer Anteile der Städtischen Werke offenhalten will.

Während die Fraktion zur Vorsicht mahnte und mit Blick auf die Zukunft der Energieversorgung in Kassel Wert auf Umweltfreundlichkeit und Regionalität legte, favorisierten Hilgen und Barthel den Verkauf des Vattenfall-Anteils an die Thüga AG. Die Thüga AG wurde dabei als Unternehmen in kommunaler Hand dargestellt. Es wurde und wird unterstellt, dass die Unternehmensstrategie der Thüga vereinbar sei mit den Zielen der Städtischen Werke.

Wer ist und was will die Thüga AG?

Die Thüga gibt sich mit Aktivitäten, wie z.B. große Offshore und Onshore – Windparks einen ökologischen Anstrich. Doch mit weiteren Zukäufen von Beteiligungen an Stadtwerken und Aktivitäten im Energiehandelsgeschäft sollen die Umsätze gesteigert werden, um ein Hauptziel zu verfolgen: die Steigerung kurzfristiger Gewinne im Interesse ihrer Anteilseigner. Da ändert auch der Tatbestand nichts daran, dass die Thüga seit Ende 2009 mehrheitlich kommunalen Eigentümern gehört. Sie schickt sich z.Z. an, zum fünften großen Energiekonzern der Bundesrepublik zu werden. Am Firmenkonzept hat sich seitdem kaum etwas geändert. Man kann das u.a. an der Position des Vorstandsvorsitzender der Thüga, Ewald Woste, zur Zukunft der Atomkraftwerke ablesen: „Wir befürworten längere Laufzeiten, wenn es wettbewerbsneutral ist.“ Woste ist Vorsitzender des Lobbyverbandes Energiewirtschaft BDEW. Muß man sich da über AKW-Werbung wundern?

Die Stadt hatte sich an den Kosten für die Wertermittlungen beteiligt

Was auf den ersten Blick aussieht wie ein schlichtes Nullsummenspiel – Vattenfall verkauft einfach seine 24,9 % an die Thüga – entpuppt sich bei näherem Hinsehen als etwas komplizierter. Denn die Stadt hat die Kosten für die notwendigen Wertermittlungen des Vattenfall-Pakets bereits anteilig mit bezahlt.- als noch völlig offen war, wer am Ende den Vattenfall–Anteil tatsächlich kaufen wird. Nun, wo die Stadt bedauerlicherweise nicht mehr als Erwerber auftritt, muss sichergestellt sein, dass die aufgewendeten städtischen Beträge durch Vattenfall zurückerstattet werden.

Ein Rückkauf durch die Stadt ist die beste Lösung

Die Kasseler Linke favorisiert den Rückkauf des Vattenfall-Anteils durch die Stadt. Das Ziel, die Städtischen Werke wieder



zu 100 % in eigenen kommunalen Besitz zu bekommen, fand auch in den anderen Rathausfraktionen Befürworter. Im Raum steht ein Betrag um die 60 Mio. €. (Der vor Jahren erzielte Verkaufserlös lag bei 55 Mio. €) Dies wäre ein aus der Stadtkasse problemlos zu finanzierendes Geschäft gewesen. Bei Finanzierungszinsen für die Stadt von im Moment unter 3% wären das pro Jahr ca. 1,8 Mio. Diese Zinskosten hätten aus dem Teil des Gewinns der Städtischen Werke beglichen werden können, der bisher an Vattenfall geflossen ist. Im Jahr 2008 waren dies 4,4 Mio., im Jahr 2007 sogar 4,7 Mio. €. Die Gewinne lagen deutlich über den Zinsen, so dass der Kredit unproblematisch hätte getilgt werden können. Anschließend hätten der Stadt Kassel dauerhafte Einnahmen zur Verfügung gestanden.

Energieversorgung in der Region Kassel

Beschlossenes Ziel ist, bis zum Jahr 2020 80 % des Stromverbrauchs in der Region Nordhessen zu produzieren. Das ist ein noch viel zu wenig bekannter Beschluss. Der Anteil der regenerativen Energie soll gesteigert werden. Die regionale Kooperation der eigenständigen Stadtwerke mit der SUN (Stadtwerke Union Nordhessen) soll erheblich verbessert werden. Möglichst viele Netze in nordhessischen Gemeinden sollen zurückgekauft und durch regionale, atomstromfreie Betreiber versorgt werden. Die erhebliche Wertschöpfung in der Energieversorgung soll zu möglichst hohen Teilen in der Region bleiben. Für dieses Ziel spielt der „starke Partner mit dem Zugang zur Strombörse“ keine positive Rolle.

Perspektive als kleiner Energiehai neben einem neuen großen Fisch?

Kämmerer Dr. Barthel und sein OB streichen seit Jahren die Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr weiter zusammen. Einnahmeeinbußen entstehen durch die Energiekunden, die sich für einen Billiganbieter entscheiden. Neue Strukturen wie das sogenannte Unbundling (Trennung des Versorgungsnetzes vom Vertrieb) sowohl bei Energie wie zukünftig bei der Wasserversorgung kosten zusätzlich viel Geld – ohne jedwede Verbesserung für die Bewohner der Stadt. Um diese Einnahmeausfälle und Mehrkosten auszugleichen, sind die Städtischen Werke schon in den ruinösen interkommunalen Wettbewerb eingestiegen.

Warum die Eile bei der Übertragung der Anteile an Thüga?

Die Stadt hätte bei dem beabsichtigten Deal zwischen Vattenfall und Thüga gelassen bleiben können. Vattenfall konnte ohne die Zustimmung der Stadt nicht verkaufen. Warum also diese Eile, noch dazu kurz vor der nächsten Kommunalwahl? Die Thüga-AG hat aus der Sicht des Kämmerers einen großen Vorteil. Er kann die Thüga seit Beginn des Jahres als kommunalen Partner präsentieren und damit den Einstieg von Thüga als Rekommunalisierung verkaufen.

Formal mag er damit recht haben – inhaltlich ist es Rosstäuscherei: Kommunalisierung heißt Energie in der Hand der Kommune und der Bürger, die sie verbrauchen. Nur das ermöglicht regionale, demokratische und nachhaltige Energieerzeugung.

Mit diesem Trick steigen seine Chancen, einen Verkauf weiterer Anteile der Städtischen Werke an den ‚kommunalen‘ Partner Thüga politisch durchsetzen zu können.

FLUGHAFENNEUBAU CALDEN

Der wohl überflüssigste Flughafen aller Zeiten

Wir haben uns in den letzten Wochen im Umfeld des Flughafens umgesehen und sind dabei aus dem Staunen nicht mehr herausgekommen. Überall wird die Landschaft von Straßen und Zuwegungen zersägt und zerschnitten!

Nehmen Sie sich doch auch mal die Zeit für einen Sonntagsspaziergang und schauen Sie mal, was da so alles läuft und passiert. Wer die Gegend um Calden bisher für seine Radtouren und Spaziergänge zu schätzen wußte, muss umdisponieren und den Bereich zukünftig großräumig umfahren. Und das gilt schon für die Bauzeit, nicht nur für die Phase des späteren Betriebes. Wer da wohnt, hat allerdings das Nachsehen.

Eckhard Jochum



OB WAHLEN

Ein Herausforderer mit Format

Warum tut sich einer so was an? Warum das ganze Wahlkampftheater mit den vielen Auftritten, den nervigen Interviews? Warum halst sich einer so viel zusätzliche Arbeit mit Veranstaltungen, Infotischen, Sitzungen auf? Warum verzichtet einer auf so viele Stunden zu Hause, zum Lesen, zum Entspannen etc.?

Ist es Kai's Eitelkeit? Möchte er zu den vielen Jobs, die er schon hatte und hat, der vielen Arbeit in seiner Firma, den jetzt schon vielen Sitzungen in Rathaus und Fraktion noch neue hinzufügen? Glaubt er, dass auch in Kassel die Zeit für die Ablösung des Oberbürgermeisters aus den Reihen einer der sogenannten großen Parteien gekommen ist, wie in Tübingen oder andernorts? Der Frage lohnt es sich nachzugehen. Oder anders gefragt: Was sind eigentlich Kai Boeddinghaus' Motive, B. Hilgen 2011 herauszufordern?

Als Parteiloser bemüht sich Kai im Herbst 2005 um einen Listenplatz im schon erfolgreichen Bündnis der Kasseler Linken. Er bekommt diesen Platz und zieht im Frühjahr 2006 mit der auf 5 Sitze angewachsenen Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung ein. Gut zum Team passend und seiner bisherigen Lebensphilosophie treu bleibend, steigt Kai in den Ring und engagiert sich an vielen Fronten. Er wird zum Spezialisten der Fraktion für Haushaltsfragen und damit gleichzeitig zum „besten Freund" von Dr. Barthel. Auch mit dem OB muss er sich permanent anlegen. Und es ist egal, ob es um klassische soziale und damit Gerechtigkeitsfragen geht oder um Fragen, wo und wie das Geld ausgegeben wird in dieser finanzschwachen Stadt. Kai macht Furore - im besten Sinne furcht- und respektlos, rhetorisch brillant, immer gut vorbereitet. Schön für uns, dass die anderen Fraktionen so ein „Kaliber" nicht in ihren Reihen haben!

Mit dem amtierenden OB gibt und gab es deswegen ein Problem, weil er seine wesentlichen Versprechungen nicht eingelöst hat. Er hat nicht nur den Mann, den er anfangs selbst rausschmeißen wollte - eben diesen Dr. B. - nicht nur seinen Magistratssessel nicht weggenommen, was das einzig richtige gewesen wäre, sondern ihn in seinem Amt belassen. Und um das Maß voll zu machen, überlässt er ihm auch weiterhin die Rolle als Vollstrecker in Sachen Sozialpolitik. Dass die Gerichte gegen dessen Treiben inzwischen mehrfach einschreiten mußten, hat Kai immer dem OB angelastet. Dass der von seinen vielen Versprechungen nichts eingelöst und die vielen dicken Bretter, die er sich rühmte, durchbohren zu wollen, nur angebohrt hat, auch das hat ihm Kai übel genommen: wo ist die Regionalreform geblieben, wie sieht es mit der Bürgerbeteiligung aus und was ist mit den Ortsbeiräten, die er aufwerten wollte? Alles Fehlanzeige. Unsere Positionen hat er immer missachtet und nun baut er, seinem Kämmerer lammtreu ins Debakel folgend, das neue Multifunktions- und Spaßbad am falschen Standort, wie wir tausend Mal nachgewiesen haben, zusammen mit vielen anderen kompetenten, engagierten Menschen, Fachleuten und Organisationen. Auch den Flughafen, der sich zum Fluchhafen mausern wird, schickt er sich an zu bauen, obwohl schon heute klar ist, wie das Ganze ausgeht: die Region wird nicht aufsteigen in den Olymp moderner und umweltfreundlicher Mobilität, vielmehr wird das Projekt in einem ökologischen und finanziellen Desaster enden. Hier im Parlament kann Kai jetzt, aber das nur nebenbei, an sein jahrelanges Engagement im Kampf gegen dieses unselige Flughafen - Projekt anknüpfen, als er sich streitbar und laut gegen die IHK stemmt, die scheinbar im Namen aller Betriebe der Region Kassel vehement für eben diesen fatalen Ausbau von Calden eintritt.

Dem aufmerksamen Beobachter wird es in den vergangenen 4 ½ Jahren nicht entgangen sein, dass Kai in erster Linie ein Gerechtigkeitsfanatiker ist. Und wäre die Stadtverordnetenversammlung jedes Mal gefüllt wie eine Arena oder das Auestadion, müsste dieser Artikel gar nicht geschrieben werden. Denn dann wüßten die Kasseler Bürgerinnen und Bürger genau, was Sie an ihrem Kai Boeddinghaus haben und was ihn antreibt, u.a. auch zu dieser Kandidatur. Er ist einer, der das ewige Geschwätz – auch in der Kommunalpolitik in Kassel - von der Alternativlosigkeit in so vielen Angelegenheiten nicht mehr hören kann. Er sieht immer wieder, wie das Geld an der falschen Stelle verpulvert und immer wieder an den „kleinen Leuten", die keine Lobby haben, gespart wird. Exemplarisch ist dafür die Sparerei bei den Ärmsten der Armen und deren Kosten für Unterkunft, Heizung etc. Diese Form von Sparen am Notwendigsten bei den Bedürftigen der Stadt, das hat ihn auf die Palme gebracht, das hat ihn veranlasst, das ganze Instrumentarium des Parlamentarismus zu nutzen, bis hin zu Sondersitzungen an Weihnachten, unter anderem. Da haben sie alle Kai mal richtig kennengelernt. Nicht aufgeben, immer nachhaken, immer unbequem bleiben. Und immer kompetent. Dass diese Kompetenz nicht vom Himmel fällt, sondern Fleiß, Einsatz, Lernen und Engagement verlangt, soll hier auch mal angemerkt werden.

Kai kandidiert, weil es notwendig ist. Weil der Amtinhaber viele Fehler macht, weil er die falschen Leute an der falschen Stelle arbeiten lässt, weil er seine Versprechen nicht einhält und eigentlich eine zweite Amtszeit nicht verdient hat. Und: weil er Vieles, von dem was zu tun wäre - eine neue Mobilitäts-, eine innovative Gewerbe-, eine sorgsame Ökologiepolitik und eine gerechtere Sozialpolitik nicht anpackt.

Wir finden: Würde Kai OB werden, wäre das gut für Kassel. Wenn er es nicht wird, wofür einiges spricht, wird sein gutes und achtbares Ergebnis den Amtsinhaber erkennen lassen, wo seine Schwächen und Fehler liegen. Vielleicht wird er ja einiges dann anders machen, in seiner zweiten Legislaturperiode. Wenn nicht, werden wir ihm, wie bisher, kluge, bissige und nicht nachlassende Kritiker und Ratgeber bleiben.

Alles Weitere über Kais Ziele, seine Projekte, was ihm politisch am Herzen liegt und über seinen Wahlkampf - auch wie Sie ihn buchen können für eine Diskussion in Ihrem eigenen Umfeld - finden Sie im Internet, unter:

www.kai-boeddinghaus.de

Eckhard Jochum



ATOMPOLITIK

Schwarzgelber Ausstieg aus dem Ausstieg

Die Herren Großmann (RWE) und Teyssen (EON) haben der Kanzlerin klar gezeigt, wo's lang geht bzw. wie lange die teils überalterten und höchst störanfälligen AKW's der BRD noch zu laufen haben. Damit haben die beiden bzw. ihre Aktionäre in den nächsten Jahren viel Grund zur Freude - kaum getrübt durch die jährlichen 2,3 Milliarden Steuer auf die unglaublichen 120 Milliarden Extra - Gewinne. Ganz offensichtlich haben die Protesttage im April diesen Jahres im Norden Deutschlands mit der 120.000 Menschen umfassenden Menschenkette und jüngst im September in Berlin mit der beeindruckenden Demo vor dem Kanzleramt nicht ausgereicht, um der Kanzlerin und ihren Ministern klarzumachen, dass ein derart fauler Kompromiß - am Ende dann noch als „Revolution" verkauft - von der großen Mehrheit der Bürger in Deutschland abgelehnt wird. Die energiepolitischen Fakten nach dem „revolutionären" Beschluss der Bundesregierung lassen sich kurz und knapp zusammenfassen:

Der atomare Müllberg wird weiter anwachsen, bei nach wie vor ungelöster Entsorgung. Statt auf die steuerfreien Rückstellungen der Energiekonzerne zurückzugreifen, die bei ca. 30 Milliarden Euro liegen, zahlt der Steuerzahler die Sanierung des maroden Atommülllagers Asse ganz allein. Warum eigentlich?

Für die Atomkonzerne springen, auch weil die 2,3 Mrd. pro Jahr jetzt sogar noch steuerlich absetzbar sind und sich damit um ca. die Hälfte reduzieren, gigantische Extraprofite heraus. Die Aktionäre jubeln und stellen von Wasser auf Sekt um.

Es wird nur minimale Sicherheitsauflagen und Investitionen in weitergehende Sicherheit geben, das geht aus den inzwischen nicht mehr geheimen Zusatzverträgen zwischen der schwarz - gelben Regierung und den 4 großen Energieversorgern klar hervor.

Atomstrom wird jetzt bis weit nach 2050 die Netzte verstopfen und den zügigen Weg in die erneuerbaren Energien blockieren. Der Werbeslogan von der wohlklingenden Brückentechnologie ist eine platte Lüge, die sich für die Steuerzahler als teuer und die Umwelt und die Gesundheitsvorsorge als bittere Tatsache erweisen wird: ganz ohne Supergau!



Vor allem aber: die Macht der Atomkonzerne im Stromgeschäft wird zementiert, weil sie mit den Gewinnen nicht den erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen werden, vielmehr alles in ihren Kräften Stehende unternehmen werden, die umweltfreundliche und demokratische Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen oder massiv zu behindern. Der Beschluss dieser Regierung ist Beweis, was die 4 Energieriesen mit ihrer politischen und ökonomischen Macht anfangen.

Technisch und wirtschaftlich wäre der schnelle Wechsel zu den erneuerbaren Energien in 2 Jahrzehnten möglich gewesen. Der erfolgreiche Umstieg hätte uns allen die Kosten für Klima-, Umwelt und Gesundheitsschäden zum größten Teil erspart.

Reihen wir uns deshalb ein in die laufen Proteste gegen den Atomirrsinn, denn die Proteste werden andauern und zu den Castortransporten einen neuen Höhepunkt erreichen.

Was uns vor allem zu interessieren hat, sind die Konsequenzen für die städtischen Werke. Durch den Beschluss in Sachen AKW-Laufzeit-Verlängerung werden ihnen Knüppel zwischen die Beine geworfen, weil ihre Anstrengungen, sich vom Atomstrom abzukoppeln, konterkariert werden.

E. Jochum

GESCHICHTE

Erinnerung an die Zerstörung Kassels?

In fast allen Gedenkreden, Kommentaren sowie Berichten in der HNA wird an den Jahrestag der Zerstörung Kassels durch alliierte Bomber am 22. Oktober 1943 erinnert und daran, wie schön das alte Kassel war. Viele neue alte Bilder und Filmaufnahmen werden gezeigt. So weit, so schmerzlich. Es wird betont, dass auch deshalb an die Nacht, die Kassel so stark veränderte, erinnert wird, weil sich soviel Leid und Zerstörung nicht wiederholen dürfe. Zusammenhänge werden nicht genannt.

Ja lernt man denn gar nichts aus der Geschichte? Auch nicht in Kassel? Dass Kassel im 2. Weltkrieg zu 80% zerstört wurde und 10 000 Menschen starben, hing doch mit der Kasseler Rüstungsindustrie zusammen. Kassel war während der Nazi-Zeit und ist auch heute ein Zentrum für den Panzerbau und für Militärtechnik insgesamt. Die zwei wichtigsten deutschen und europäischen Panzerbauer produzieren auch in Kassel: Kraus-Maffei-Wegmann und Rheinmetall.

Die riesigen Rüstungsaufträge werden in der Presse regelmäßig als Erfolge gefeiert.

Milliardengewinne in der Rüstungsindustrie bedeuten immer auch Millionen Tote und Verletzte weltweit.

Krieg führt nicht zum Frieden. Wir müssen politisch umsteuern: Statt „todsicherer" Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie muss an einer Konversion, an der Umstellung auf zivile Produkte gearbeitet werden. Dies wäre ein Beitrag zum Frieden, der von Kassel ausgehen könnte. Wenn dies geschehen würde, wären die jährlichen Erinnerungsveranstaltungen an das zerstörte Kassel glaubwürdiger...

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer

INTERVIEW MIT RAINER WORBES

Bügerinitiative Nordshausen Dönche

Warum engagierst du dich in der BI gegen die geplante Dönchebebauung?

Seit 1953 wohne ich mit Unterbrechungen in Nordshausen. Die Entwicklung der Dönche vom Truppenübungsplatz zum Naturschutzgebiet habe ich mit Interesse verfolgt. Die Bedeutung der Dönche für das Stadtgebiet und das gesamte Kasseler Becken hat sich mit der Meldung als FFH-Gebiet weiter verstärkt. Neben dem Schutz für freilebende Tiere und Pflanzen ist die Bedeutung der Dönche als letzte voll funktionsfähige Frischluftschneise nicht zu unterschätzen. Durch die Planungen der Stadt sind diese Vorteile gefährdet. Um das zu verhindern, haben sich einige gleichgesinnte Nordshäuser Bürger nach der Veröffentlichung der Pläne zusammengefunden und eine BI gegründet.

Die Stadt Kassel behauptet, die Dönche würde durch die Baumaßnahmen in ihren Funktionen nicht beeinträchtigt. Was ist davon zu halten?

Diese Behauptung lässt sich leicht widerlegen. Der Zweckverband Raum Kassel stellt in seiner Umweltprüfung zur Bebauung Dönche-Süd vom 08.08.2009 fest: "Erhebliche negative Auswirkungen bezüglich der Umweltgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere. Auch der Einfluss auf die verschiedenen Schutzgebiete (FFH, LSG, NSG) wird als erheblich negativ gewertet. Negative Auswirkungen betreffen zusätzlich die Umweltgüter Klima und Luft."
Auch nach unserer Meinung sind durch die Zahl der geplanten Wohneinheiten und die Nähe zum FFH-Gebiet die Überlebenschancen vieler geschützter Arten und die Versorgung der südlichen Kasseler Stadtteile mit frischer Luft erheblich gefährdet. Das Land Hessen ist als erstes Bundesland schon im April 2004 der EU-Initiative *Countdown 2010* beigetreten. Diese Initiative forderte den Artenrückgang in Europa bis 2010 nicht nur abzubremsen, sondern sogar zu stoppen.
Bisher ist nicht erkennbar, dass eine Regierung dieses Bundeslandes versucht hat, mit ihrem Einfluss auf nachgeordnete Behörden, Landkreise und Kommunen diesen Absichtserklärungen auch Taten folgen zu lassen. Die Biodiversität, also die Vielfalt von Pflanzen-, Pilz- und Tierarten wird durch die Ausweisung von Wohn- und Industriebaugebieten sowie Autobahntrassen ständig verringert.

Wie stehen die Nordshäuser Bürger zu den Bauplänen?

In den stark besuchten Informationsveranstaltungen des Planungsamtes der Stadt Kassel wurden von den Nordshäuser Bürgern ausschließlich ablehnende Meinungen vorgetragen. Bei öffentlichen Informationsveranstaltungen der BI, bei persönlichen Befragungen im Stadtteil und in den Geschäften ausliegenden Listen haben sich seit Beginn der Aktion im Jahr 2009 über 1.000 Bürger gegen die Bebauung des Gebiets Dönche-Süd ausgesprochen.
Der Nordshäuser Ortsbeirat hat sich im Jahr 2009 für eine kleine Lösung entschieden und einstimmig beschlossen, dass eine Bebauung nur bis zur Straße "Auf der Dönche" erfolgen solle und das nur, wenn alle vorhandenen Baulandreserven in weniger sensibler Umgebung genutzt worden seien.
Damit wäre eine vertretbare Pufferzone zum FFH-Gebiet erreicht, das gesamte Planungsvolumen auf die Hälfte reduziert und die Beeinträchtigung der Frischluftzufuhr verringert.

Wie steht die BI zu diesem Beschluss?

Grundsätzlich ist jede Verkleinerung des ursprünglichen Planungsvolumens gut für die Erhaltung einer schutzwürdigen Landschaft und die Versorgung der Bürger mit frischer Luft.
Unsere Befürchtung ist, dass die Stadt Kassel diese kleine Lösung für unrentabel hält und versuchen wird, das gesamte Gebiet als Bauland zu verkaufen.
Weder die zurzeit stagnierende Nachfrage nach Bauland (Beispiel Wolfsanger) noch die demographische Entwicklung rechtfertigen einen solchen Ausverkauf!
Die Vorstellung, die Millionengräber Flugplatz Calden und Schwimmoper Auebad mit den Einnahmen aus dem Dönchegrundstücksverkauf decken zu können, ist eine Form unseriöser Haushaltsführung.

Wie beurteilst Du die Aussage der Stadt Kassel, auf der Dönche preiswertes Bauland für junge Familien mit Kindern bereit zu stellen?

Die in den Plänen genannten Preise von 150 bis 250 Euro pro Quadratmeter sind für diese Bevölkerungsgruppe kaum erschwinglich und erscheinen maßlos vor dem historischen Hintergrund, dass alle Ländereien auf der Dönche 1936 von den Nationalsozialisten enteignet und nach dem II. Weltkrieg den Nordshäuser und Niederzwehrener Bauern als Eigentümern nicht zurück gegeben wurden.
Das geplante Bauvorhaben auf der Dönche birgt für die jungen Familien we-



Die geplante Döchebebauung
links angrenzend Nordshausen und oben der Stadtteil Brasselsberg

gen des nassen und instabilen Baugrunds zusätzliche unvorhersehbare Kostenrisiken.
Vernünftige Gegenvorschläge enthält der Regionalplan Nordhessen 2009, der deutlich fordert: "Eine Zersiedlung der Landschaft ist zu vermeiden". Er verlangt weiterhin Vorrang für städtebauliche Sanierung und Nachverdichtung des Bestandes "vor Inanspruchnahme bislang nicht baulich genutzter Flächen". Alle diese Forderungen lassen sich sowohl in Nordshausen als auch in den angrenzenden Stadtteilen leicht erfüllen, ohne die Dönche zu beschädigen.

Welche Aktivitäten hat eure BI bisher durchgeführt?

Von unseren Aktionen und Kontakten möchte ich folgende kurz erwähnen:
1. Über das Bündnis für Bürgerbeteiligung gibt es Verbindungen zu allen BI der Region.
2. Ein Angebot für geführte Dönchewanderungen besteht für interessierte Personen und wird angenommen.
3. Interviews in der lokalen Presse.
4. Informationsstände an Tagen der Erde und bei verschiedenen Veranstaltungen im Stadtteil.
5. Kontakte zu BUND und NABU.
6. Gespräche mit der oberen Naturschutzbehörde sowie den zuständigen Sachbearbeitern beim Umweltbundesamt in Leipzig und bei der EU-Kommission in Brüssel.
7. Mitarbeit im Ortsbeirat.
8. Alle, bei diesen Aktionen gesammelten Informationen sind Grundlage unserer Internetseite (www.bidoenche.bplaced.net) und unserer Petition, die wir am 01.03.2010 beim Petitionsausschuss des Hessischen Landtages eingereicht haben.
Mit unseren Aktionen versuchen wir, direkt betroffene Bürger und alle anderen an der Erhaltung der Dönche Interessierten auf die Gefahren der städtischen Planungen aufmerksam zu machen. Wir hoffen weiterhin auf breite Unterstützung.

Trauer um Rogelio Barroso

Mit tiefer Bestürzung und großer Betroffenheit haben die Mitglieder der Partei DIE LINKE und die Stadtverordneten der Fraktion Kasseler Linke.ASG auf den unerwarteten Tod ihres Stadtrats Rogelio Barroso reagiert. Murat Cakir, Sprecher des Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE: »Wir haben mit Rogelio nicht nur einen langjährigen Freund und Genossen verloren, sondern einen der engagiertesten und unermüdlichsten Mitstreiter für gleiche Rechte, Frieden und soziale Gerechtigkeit«. Barroso sei als Vorreiter für die Anliegen und die politische Selbstvertretung der Migrantinnen und Migranten weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt gewesen. Über 30 Jahren, davon 15 Jahre als Vorstandskollege im Landesausländerbeirat Hessen, kämpfte Rogelio für gleiche Rechte und ein friedliches Zusammenleben.

Norbert Domes, Vorsitzender der Fraktion Kasseler Linke.ASG: »Trotz seines hohen Alters war Rogelio einer der aktivsten Mitstreiter, der mit seinem Sachverstand und Erfahrung eine große Bereicherung für unsere Fraktion war.« Als Mitbegründer des Ausländerbeirates der Stadt Kassel, des Landes- und Bundesausländerbeirats sowie ehrenamtlicher Stadtrat habe Barroso, durch sein Engagement, aber vor allem durch seine liebenswerte Art und Herzlichkeit parteiübergreifend große Anerkennung bekommen. »Sein politisches Wirken war beispielhaft für BürgerInnennähe und soziale Verpflichtung der Politik. Zu Recht bekam er dafür das Bundesverdienstkreuz am Bande, die Stadtmedaille und den Hessischen Ehrenbrief. Er wird uns immer in Erinnerung bleiben«.



Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Dienstag 13- 15.45 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

Deutschland in Schieflage DGB Demo 19.11. 2010
15.30 Uhr Philipp Scheidemann Haus Kassel
16.30 Uhr Kundgebung Rathaus

Jeden Donnerstag 14.00 - 15.00 Uhr,
Die Linke Schillerstr. 21 Bürgersprechstunde zu ALG I und ALG II für Stadt Kassel und Kassel Land
nicht in den Schulferien

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke-asg.net

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum, Jonas Dörge
Obere Königsstr. 8 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

+ DIE +
LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.